

„Ich schmeiße nicht mit Dreck“

Johannes Steinhart. Nach einer erkrankungsbedingten Pause ist der Chef der Ärztekammer zurück und unterwirft sich „begeistert“ den Ermittlungen der Justiz

VON CHRISTIAN BÖHMER

„Sie erleben mich dankbar und voller Kraft. Ich fühle mich wie neu geboren.“

Johannes Steinhart war bislang nicht unbedingt für großes Pathos bekannt.

Doch als sich der Präsident der Ärztekammer am Donnerstag zum ersten Mal seit Monaten vor Journalisten präsentierte, wollte der 68-Jährige absolut gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass er voll belast- und einsetzbar ist.

Im April hatte sich Österreichs oberster Ärztevertreter aufgrund von akuten Herzproblemen aus dem Job zurückziehen müssen.

Der Zeitpunkt war der schlechtestmögliche. Denn in der Kammer war der Konflikt um ein von Steinhart miterfundenes Projekt, die Beschaffungsfirma „Equip4Ordi“, eskaliert; mittlerweile ermittelt die Justiz, auch der Präsident ist Beschuldigter. Und nachdem Steinharts politische Allianz in der Kammer zerbrochen ist (der KURIER berichtete), fiel die Ständesvertretung in einen Zustand der Selbstlähmung, der bis heute anhält.

Es ist also nicht weiter überraschend, dass Steinhart das Thema „Equip4Ordi“ am Donnerstag gleich zu Beginn anspricht.

Kein Weisungsrecht

Seine Darstellung ist einfach und seit Monaten unverändert: Die angesprochene Firma wurde als GmbH gegründet, um Kollegen dabei zu unterstützen, medizinische Materialien in großen Mengen und damit zu günstigeren Preisen zu beschaffen. Dazu gehören etwa Schutzkleidung oder die nunmehr bekannten FFP2-Masken.

Er, Steinhart, habe operativ in dieser GmbH „keinerlei Weisungs- oder Zustimmungsrechte“ – allein deshalb sei es Unsinn, dass mögliche Malversationen ihm angelastet werden. Dass er von der Justiz als Beschuldigter



Ärztammerchef Steinhart: „Ich habe mir nichts zuschulden kommen lassen. Das wird das Ergebnis der Untersuchungen sein“

geführt wird, erklärt sich Steinhart mit formalen Gründen – das passiere schnell. „Ich habe aber generell ein sehr großes Vertrauen in die Justiz und unterwerfe mich den Ermittlungen fast begeistert, weil ich weiß: Ich habe mir nichts zuschulden kommen lassen. Und das wird am Ende des Tages auch das Ergebnis der Untersuchungen sein.“

Argumente

Viel mehr will Steinhart zum laufenden Verfahren nicht sagen. Und schon gar nicht will er Vermutungen anstellen, wer ihn aus welchen Motiven in die Affäre hineingezogen hat. „Ich schmeiße

nicht mit Dreck. Die Instrumente unserer Standespolitik sind Fakten und Argumente.“ Dass die Verhandlungsposition der Ständesvertretung durch die Konflikte um Equip4Ordi gelitten hat, will Steinhart erst gar nicht kleinreden.

Darüber hinaus definiert er aber einige große inhaltliche Themen, denen er sich nun verstärkt widmen will:

• **Finanzausgleich** Um die Spitalsambulanzen zu entlasten, müssten die Arbeitsbedingungen der niedergelassenen Ärzte verbessert und bürokratische Abläufe vereinfacht werden. „Die Bürokratie ist ein Energie- und Zeit-

fresser“, sagt Steinhart. Und das gelte es im Finanzausgleich, der gerade verhandelt wird, zu berücksichtigen.

• **Keine zusätzlichen Befugnisse für MTD** Diagnose, Therapie und Medikamentenverordnung müssen laut Steinhart in der Hand der Ärzte bleiben, Medizinisch-technische-Dienste (MTD) sollen diese Leistungen nicht übernehmen. Das Argument: Liege die Letztverantwortung beim Arzt, müsse er auch die Entscheidung treffen.

• **Eltern-Kind-Pass zusammenführen** Steinhart hält den ab Jänner 2024 geltenden Eltern-Kind-Pass als Ablöse des

Mutter-Kind-Passes für einen Fortschritt. Allerdings seien die Zuständigkeiten zwischen Ministerium und verschiedenen Unternehmen zersplittert und Übergangslösungen unklar (*der Pass wird schrittweise bis 2026 ausgebaut; Anm.*) „Es fehlen noch einige Hausaufgaben.“

• **Ausbau von Hausapotheken** Laut Steinhart wäre allein der Ausbau von ärztlichen Hausapotheken eine schnelle Möglichkeit, um den Arztberuf am flachen Land attraktiver und die Versorgung besser zu machen. Steinhart schätzt, dass so 400 neue Kassenärzte rasch gefunden werden könnten.

Pensionistenvertreter fordern Nachbesserungen

Mit der „Schutzklausel“ verlieren nur Alterspensionisten im neuen Jahr kein Geld

Altersversorgung. Rund 2,2 Millionen Pensionen werden ab dem kommenden Jahr um 9,7 Prozent erhöht, wie die türkis-grüne Bundesregierung am Mittwoch beschlossen hat. Die Seniorenrats-Präsidenten Ingrid Korosec (Seniorenbund) und Peter Kostelka (Pensionistenverband) zeigen sich zufrieden mit dieser Anpassung an die Teuerung. Auch die angekündigte Schutzklausel, die einen Wertverlust der Pensionen des kommenden Jahres verhindern soll, wird positiv aufgenommen.

Damit sei aber nur ein „kleiner Teil unserer Wünsche“ erfüllt worden, so Kostelka im Rahmen einer Pressekonferenz am Donnerstag. Korosec fordert Nachjustie-



rungen, man werde weitere Gespräche führen.

„Bauernfängerei“

Problematisch sei, dass der Ministerratsvortrag nur Alterspensionen beinhalte. Damit würde die Schutzklausel keine Langzeitversicherten, Schwerarbeiter und Korridor-Pensionisten um-

fassen, so Kostelka. Wenn das nicht in aller Deutlichkeit gesagt werde, sei das „Bauernfängerei“ und eine „Unaufrichtigkeit“. Eine Schutzklausel wird auch für das Jahr 2025 gefordert.

Kritik übten die Pensionistenvertreter auch daran, dass ihre Forderungen nach einer Abgeltung der Zwi-

„Keinen Grund zu jubeln“ sehen Pensionistenvertreter Ingrid Korosec (ÖVP) und Peter Kostelka (SPÖ)

schfinanzierung der Teuerung 2022/23 sowie nach einer dauerhaften Abschaffung der Aliquotierung – also die prozentuell anteilige Pensionsanpassung im ersten Pensionsjahr – unerfüllt blieben. Die Aliquotierung ist für zwei Jahre ausgesetzt.

Einen weiteren „Wermutstropfen“ sieht Korosec in der Deckelung der höchsten Pensionen. Jene 7.250 Beamtinnen und Beamte mit Bezügen von mehr als 5.850 Euro seien keine Luxuspensionisten, wies sie entsprechende Bezeichnungen zurück. Dass es für die höchsten Pensionen seit 14 Jahren stets eine Deckelung gebe, entspreche weder dem Leistungs- noch dem Versicherungsprinzip, so Korosec.

Überblick

Grundsicherung für Kinder: SP-Modell

Teuerung. Die SPÖ arbeitet an einem Modell für eine Kindergrundsicherung. Geplant sei ein Basisbetrag, in dem alle Kinder- und Familienleistungen zusammengefasst werden, und eine weitere nach Haushaltseinkommen gestaffelte Zuzahlung, wie die stellvertretende Klubvorsitzende der SPÖ, Eva-Maria Holzleitner, am Donnerstag erklärte. Die Teuerung treffe Familien mit mehreren Kindern besonders stark, wie Holzleitner betonte.



Strategie für Bodenschutz

Landwirtschaft. ÖVP-Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig will die Bodenschutzstrategie umsetzen. „Ziel ist, sie diesen Herbst zu beschließen“, so Totschnig. Die Verhandlungen zur Bodenschutzstrategie waren im Frühsommer zwischen der ÖVP und ihrem Koalitionspartner im Bund, den Grünen, gescheitert. Nun ortet Totschnig aber eine „gute Dynamik“ zwischen den beiden Parteien.

Fahrplan für Budget-Beratungen

Parlament. Der Fahrplan für die Beratungen zum Budget 2024 wurde in der Präsidialkonferenz am Donnerstag festgelegt. Start im Plenum ist am 18. 10. mit der Budgetrede von ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner, gefolgt von der Ersten Lesung am 19. 10. Die Beratungen im Budgetausschuss beginnen am 10. 11. mit einem vierstündigen Expertenhearing. Bis 17. 11. wird sich der Ausschuss mit den einzelnen Budgetkapiteln befassen.

Mietendeckel: SPÖ verwehrt Koalition weiter Zustimmung

Weitere Verhandlungsrunde ohne Ergebnis

Parlament. Eine Verfassungsmehrheit für den geplanten Mietpreisdeckel ist nach Verhandlungen der türkis-grünen Koalition mit der SPÖ weiter nicht in Sicht. Die Verhandlungsrunde habe „nichts wirklich Neues gebracht“, so die SPÖ. Die Regierung sprach von „konstruktiven“ Gesprächen, die „zeitnah“ fortgesetzt werden.

Laut SPÖ legte die Regierung keinen schriftlich neuen Vorschlag vor, kündigte aber an, nunmehr nur mehr den Fünf-Prozent-Deckel als Verfassungsbestimmung verankern zu wollen. Zu den Wohnungen im freien, nicht preisregulierten Mietsektor habe es ebenfalls keinen neuen

Vorschlag gegeben. Die SPÖ pocht auf einen „echten Mietpreisstopp“ mittels Einfrieren sämtlicher Mieten bis 2025, klaren Mietobergrenzen und einem neuen Index für die Mietpreisentwicklung.

Der Gesetzesentwurf der Regierung sieht vor, dass die Mieten die kommenden Jahre nicht mehr als fünf Prozent pro Jahr steigen dürfen. Bei Altbau-Richtwertmieten und geförderten Miet- und Genossenschaftswohnungen soll die Inflationsanpassung ab 2025 jährlich stattfinden anstatt der bisherigen kumulierten Valorisierung alle zwei Jahre. Bei Altbau-Kategorie-mieten ist nur mehr eine Erhöhung pro Jahr erlaubt.